

Antwort der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jens Petermann und der
Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/2797 –**

Aussteigerprogramme des Bundesamts für Verfassungsschutz

Vorbemerkung der Fragesteller

Im Rahmen des so genannten Aufstandes der Anständigen wurden auf Bundes- und Landesebene sowohl von staatlichen als auch von privaten Trägern Aussteigerprogramme für Rechtsextremisten eingerichtet. Zu nennen ist hier insbesondere die aus Bundesmitteln geförderte, seit dem Jahr 2000 bestehende Initiative EXIT-Deutschland. Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) unterhält seit dem Jahr 2001 ein Kontakttelefon für ausstiegswillige Neonazis. Angeboten werden vom Aussteigerprogramm des BfV neben Gesprächen für die Betroffenen ebenso wie deren Familienangehörige auch weitergehende Unterstützungsmaßnahmen wie die persönliche Begleitung und Betreuung des Ausstieges, die Beihilfe zur Vermittlung schulischer und beruflicher Qualifizierungsmaßnahmen, Hilfe bei Behördenkontakten, Gespräche mit Arbeitgebern und Bewährungshelfern, die Vermittlung externer Hilfsangebote etwa bei Alkohol- und Drogenproblemen oder Überschuldung. Zur Unterstützung von Nazi-Aussteigern bei Bedrohung durch Angehörige der rechtsextremen Szene bietet das BfV Hilfe bei der Wohnungssuche und dem Umzug an und leistet in Einzelfällen finanzielle Hilfe für Umzugsmaßnahmen. EXIT-Deutschland organisiert Bürgerschutz und Bürgerermittlungen im Falle von Sicherheitsproblemen für die Aussteiger durch Angriffe und Verfolgung aus der rechtsextremen Szene.

Laut einem dem Nachrichtenmagazin „FOCUS“ vorliegenden Strategiepapier des Bundesministeriums des Innern sind analog zum Aussteigerprogramm für Rechtsextreme entsprechende Programme für Aktivisten aus der linken Szene sowie Islamisten geplant. Das Bundesamt für Verfassungsschutz wurde demnach beauftragt, das seit 2001 laufende Hilfsprogramm für ausstiegswillige Neonazis „auf die Phänomenbereiche Linksextremismus und Islamismus zu übertragen“. Auch Telefonhotlines sind geplant. Das Aussteigerprogramm für Islamisten trägt den Titel „Hatif“ (arabisch: Telefon) als Abkürzung für „Heraus aus Terrorismus und islamischem Fanatismus) und ist im Juli 2010 angelaufen. Die Hotline für Linksradikele wird laut „FOCUS“ im Herbst 2010 freigeschaltet (www.focus.de).

1. Wie viele (ehemalige) Rechtsextremisten nutzten bislang das vom Bundesamt für Verfassungsschutz im Jahr 2001 eingerichtete Aussteigerprogramm?
 - a) Wie viele Anrufe und unterschiedliche Anrufer verzeichnete die Aussteigerhotline insgesamt (bitte nach Jahren aufgliedern)?
 - b) Nach wie vielen ersten Kontaktgesprächen kam es zu einem zweiten ausführlicheren Telefonat mit einem BfV-Mitarbeiter?
 - c) Wie viele Anrufer wurden als potenziell ausstiegswillig angesehen?
 - d) Bei wie vielen Anrufern handelt es sich um ratsuchende Verwandte oder Bekannte eines Rechtsextremisten?
 - e) In wie vielen Fällen erfolgte nach den ersten beiden Telefonaten eine weitergehende Unterstützung (bitte aufschlüsseln nach Art der Unterstützung)?
 - f) In wie vielen Fällen gelang ein Ausstieg aus der rechtsextremen Szene?
 - g) In wie vielen Fällen misslang ein solcher Ausstieg trotz der Kontaktaufnahme mit dem Aussteigerprogramm?
 - h) In wie vielen Fällen kam es zu einem Rückfall durch eine erneute Aktivität eines ausgestiegenen oder ausstiegswilligen Rechtsextremisten innerhalb der rechtsextremen Szene?
 - i) In wie vielen Fällen befanden sich Ausstiegswillige zum Zeitpunkt ihrer ersten Kontaktaufnahme zum Aussteigerprogramm im Gefängnis?
 - j) Nutzt das BfV die Ausstiegsbereitschaft von Rechtsextremen zur Gewinnung von V-Leuten?

Zielrichtung des Aussteigerprogramms des BfV ist der Ausstieg von Rechtsextremisten aus der Szene und nicht die Gewinnung von V-Leuten.

Seit Einrichtung des Aussteigerprogramms im Jahr 2001 haben rund 1 100 Anrufer die Hotline des Programms kontaktiert. Die Anzahl der Anrufe, dabei insbesondere von Angehörigen und Bekannten, hat im Laufe der Jahre abgenommen, gleichzeitig ist der prozentuale Anteil der ernsthaft an einem Ausstieg Interessierten angestiegen.

Rund ein Drittel der Anrufer wurden nach einer ersten Prüfung als potenziell ausstiegswillig angesehen, wovon wiederum ein Drittel schließlich z. T. intensive Betreuungsleistungen in Anspruch nahmen. In weniger als zehn Fällen kam es nicht zum erwünschten Erfolg.

Die Unterstützungsleistungen des BfV bestehen vor allem in der Beratung des Ausstiegswilligen und der aktiven Begleitung seines Ausstiegs. Ziel dieser Maßnahmen ist die soziale Reintegration der Ausstiegswilligen. Die Palette der hierfür zur Verfügung stehenden Maßnahmen ist breit und wird im jeweiligen Einzelfall dem individuellen Bedarf angepasst. Eine pauschalierende Angabe der angewandten Maßnahmen ist daher nicht möglich.

2. Wie viele (ehemalige) Rechtsextremisten nutzten bislang das aus Bundesmitteln geförderte, seit dem Jahr 2000 bestehende Aussteigerprogramm von EXIT-Deutschland?
 - a) Wie viele Anrufe und unterschiedliche Anrufer verzeichnete die Aussteigerhotline insgesamt (bitte nach Jahren aufgliedern)?
 - b) Nach wie vielen ersten Kontaktgesprächen kam es zu einem zweiten ausführlicheren Gespräch oder E-Mail-Kontakt?
 - c) Wie viele Anrufer wurden als potenziell ausstiegswillig angesehen?
 - d) Bei wie vielen Anrufern handelt es sich um ratsuchende Verwandte oder Bekannte eines Rechtsextremisten?
 - e) In wie vielen Fällen erfolgte nach der ersten Kontaktaufnahme eine weitergehende Unterstützung (bitte aufschlüsseln nach Art der Unterstützung)?
 - f) In wie vielen Fällen gelang ein Ausstieg aus der rechtsextremen Szene?
 - g) In wie vielen Fällen misslang ein solcher Ausstieg trotz der Kontaktaufnahme mit dem Aussteigerprogramm?
 - h) In wie vielen Fällen kam es zu einem Rückfall durch eine erneute Aktivität eines ausgestiegenen oder ausstiegswilligen Rechtsextremisten innerhalb der rechtsextremen Szene?
 - i) In wie vielen Fällen befanden sich Aussteigewillige zum Zeitpunkt ihrer ersten Kontaktaufnahme zum Aussteigerprogramm im Gefängnis?

Die Bundesinitiative EXIT-Deutschland gehört zum Projektträger ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH. EXIT bietet verschiedene Hilfen für Menschen an, die mit dem Rechtsextremismus brechen wollen. Ein Teil der Aktivitäten von EXIT ist das Projekt im XENOS-Sonderprogramm „Ausstieg zum Einstieg“ mit dem Namen „Seitenwechsel – Ausstieg als Einstieg in ein neues Leben“. Es wird seit 1. Mai 2009 bis zum 30. April 2012 aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) gefördert (425 000 Euro). Im Verlauf des Jahres 2009 wurden 62 Aussteigende erfasst, davon 13 Frauen. Im Justizvollzug befinden sich derzeit vier Personen, vier weitere haben den Vollzug verlassen. Weitere Angaben zum Projektverlauf liegen derzeit nicht vor.

3. Gibt es eine Evaluation der bisherigen Arbeiten des Aussteigerprogramms des BfV?
 - a) Wenn ja, wann, und durch wen wurde diese Evaluierung vorgenommen?
 - b) Wenn ja, zu welchem Ergebnis kommt diese Auswertung?
 - c) Wenn nein, inwieweit ist eine solche Auswertung geplant?

Das Aussteigerprogramm des BfV unterliegt einer kontinuierlichen behördeninternen Evaluation. Das Programm ist als effizientes präventives Mittel zur Bekämpfung des Rechtsextremismus zu bewerten und dementsprechend fortzusetzen.

4. Gibt es eine Evaluation der bisherigen Arbeiten des Aussteigerprogramms von EXIT-Deutschland?
 - a) Wenn ja, wann, und durch wen wurde diese Evaluierung vorgenommen?
 - b) Wenn ja, zu welchem Ergebnis kommt diese Auswertung?
 - c) Wenn nein, inwieweit ist eine solche Auswertung geplant?

Im Rahmen des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“ führt die Initiative EXIT eine interne Selbstevaluation für das Projekt „Seitenwechsel – Ausstieg als Einstieg in ein neues Leben“ durch.

Seitens des BMAS wird das gesamte Sonderprogramm evaluiert. Die Evaluation wurde ausgeschrieben und der Zuschlag wird im September 2010 erteilt. Folglich liegen noch keine Ergebnisse vor.

5. Welche sonstigen Aussteigerprogramme für Rechtsextremisten außer EXIT-Deutschland und dem Programm des BfV sind der Bundesregierung noch bekannt (bitte nach staatlichem und privatem Träger aufschlüsseln)?

Das BMAS fördert über das Sonderprogramm „Ausstieg zum Einstieg“ von 2009 bis 2013 bundesweit 16 Initiativen, die den Ausstieg aus der rechten Szene von Jugendlichen und jungen Erwachsenen unterstützen und mit dem Einstieg in Ausbildung, Qualifizierung und/oder Arbeit verbinden:

- ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH, Initiative EXIT
- Recklinghäuser Arbeitsförderungsinitiative RE/init e. V.
- Internationaler Bund Dresden
- CJD e. V. Elze/Waren
- Verein für Arbeitsmarktintegration u. Berufsförderung AIB e. V.
- drudel 11 e. V.
- Friedrich-Ebert-Stiftung
- Europazentrum Brandenburg-Berlin (EZBB)
- Agricola GmbH
- Institut für Lernen und Leben e. V.
- Landesamt für Soziales, Jugend, Versorgung Rheinland-Pfalz
- Hessisches Ministerium des Inneren/Sport
- publicata e. V.
- Demokratisches Ostpommern-Verein für politische Kultur e. V.
- VFBJ Tressow e. V.
- Arbeitsstelle Rechtsextremismus u. Gewalt (ARUG).

Neben dem Aussteigerprogramm des BfV werden von folgenden Landesbehörden Ausstiegshilfen für Rechtsextremisten angeboten:

- Baden-Württemberg (LKA)
- Bayern (LfV)
- Hamburg (LfV)
- Hessen (LKA)
- Niedersachsen (LfV und Justizministerium)
- Nordrhein-Westfalen (LfV)
- Rheinland-Pfalz (Familienministerium)
- Sachsen (LfV).

6. Inwieweit trifft die Meldung des „FOCUS“ zu, dass die Bundesregierung analog zum Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten ein entsprechendes Programm für die „Phänomenbereiche Linksextremismus und Islamismus“ plant?
 - a) Welche Behörden sind federführend für die Konzeption und Umsetzung solcher Programme?
 - b) Welche finanziellen Mittel sind für diese Aussteigerprogramme vorgesehen, und aus welchen Haushaltstiteln sollen diese kommen?
 - c) Durch wie viele Personen mit welchen Qualifikationen sollen diese Aussteigerprogramme betreut werden?
 - d) Wann genau sollen diese Aussteigerprogramme beginnen, und für welchen Zeitraum sind sie projiziert?
 - e) Sind weitere Aussteigerprogramme außerhalb des BfV mit anderen staatlichen oder privaten, aber aus öffentlichen Mitteln finanzierten Trägern geplant, und wenn ja, welche?

Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP für ein entschlossenes Vorgehen gegen Extremismen jeder Art ausgesprochen. Dabei kommt insbesondere der nachhaltigen Prävention besondere Bedeutung zu. Das BfV-Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten hat sich als ein solches nachhaltiges Präventionsinstrument bewährt und ist entsprechend dem Koalitionsvertrag weiterzuentwickeln.

Die im Hinblick auf den Phänomenbereich Linksextremismus in Erstellung begriffene Konzeption lässt eine detaillierte Auskunft hinsichtlich der in der Kleinen Anfrage aufgeworfenen Fragestellungen – auch unter den Nummern 7 bis 12 – derzeit noch nicht zu.

Für die Konzeption und Umsetzung eines Aussteigerprogramms für den Phänomenbereich Islamismus ist das Bundesamt für Verfassungsschutz zuständig. Das Programm heißt „HATIF“. HATIF bedeutet in arabischer Sprache Telefon und steht als Akronym für „Heraus aus Terrorismus und islamistischem Fanatismus“. HATIF ist für die Öffentlichkeit unter der Telefonnummer 0221-792-6999 und der E-Mail-Adresse „HATIF@bfv.bund.de“ rund um die Uhr erreichbar.

Die im Zusammenhang mit dem Ausstiegsangebot HATIF erforderlichen finanziellen Mittel werden aus dem Haushalt des Bundesamts für Verfassungsschutz zur Verfügung gestellt.

Für die Betreuung des Ausstiegsangebots HATIF stehen ausreichend erfahrene und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit spezieller Expertise für den Phänomenbereich Islamismus zur Verfügung.

Das Ausstiegsangebot HATIF wurde am 19. Juli 2010 eingerichtet und stellt ein unbefristetes Angebot dar.

7. Inwieweit hält die Bundesregierung die Erfahrungen mit Aussteigerprogrammen für Rechtsextreme für die Phänomenbereiche Linksextremismus und Islamismus für übertragbar, und wo sieht sie die wesentlichen Unterschiede?

Die im Zuge des Aussteigerprogramms für Rechtsextremisten gesammelten Erfahrungen hinsichtlich logistischer und materieller Hilfsangebote und Hilfeleistungen werden auch für den Phänomenbereich Islamismus nützlich sein. Im Unterschied zu Rechtsextremisten berufen Islamisten sich allerdings auf eine Religion, den Islam. Dennoch zielt das Programm HATIF des BfV nicht auf einen Ausstieg aus dem Islam ab, sondern richtet sich vielmehr an Personen, die sich von Gewaltanwendung und Gewaltbefürwortung im Namen des Islam abwenden wollen.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 6 verwiesen.

8. Welche wesentlichen sozialen und ideologischen Schwierigkeiten sieht die Bundesregierung für Aussteiger aus den Phänomenbereichen Islamismus und Linksextremismus?

Bei einem Ausstieg aus dem Islamismus könnten unter anderem folgende soziale und ideologische Schwierigkeiten auftreten:

- die ideologische Verfestigung von Islamisten und somit die mangelnde oder fehlende Offenheit gegenüber anderen Lebensperspektiven;
- der Aufbau neuer sozialer Beziehungen und der Integration in neue soziale Strukturen, die aus dem erforderlichen und endgültigen Bruch mit dem islamistischen Milieu resultieren.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 6 verwiesen.

9. Welchen Anlass hat die Bundesregierung für die Einschätzung, es gebe linke Aktivisten, die sich aus der linken Szene lösen wollen, dafür aber Unterstützung benötigen?
10. Inwieweit sieht die Bundesregierung – analog zum Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten – eine besondere Notwendigkeit zum Schutz ausstiegswilliger „Linksextremisten“ vor Angriffen und Verfolgung aus der linksextremistischen Szene?
 - a) Welche und wie viele Fälle sind der Bundesregierung bekannt, in denen ausstiegswillige Linksaktivisten Gewalt oder Gewaltandrohungen durch ihre ehemaligen Genossen ausgesetzt waren?
 - b) Welche Maßnahmen (neue Identität für Aussteiger, Bürgerschutz etc.) hält die Bundesregierung für angemessen zum Schutz von ausstiegswilligen Linksextremisten?
11. Inwieweit sieht die Bundesregierung – analog zum Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten – die Notwendigkeit, dass ein Aussteigerprogramm für Linksextremisten bei Problemen mit der Polizei berät, vermittelt und unterstützt?
12. Inwieweit ist es geplant bzw. wird es von der Bundesregierung für sinnvoll erachtet, dass sich ehemalige Linksextremisten im Rahmen solcher Aussteigerprojekte engagieren, publizieren, Vorträge in Schulen und der Öffentlichkeit halten, um eine weitere Verbreitung linksextremer Ideologie zu verhindern?

Es wird auf die Antwort zu Frage 6 verwiesen.

13. Inwieweit sieht die Bundesregierung – analog zum Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten – eine besondere Notwendigkeit zum Schutz Ausstiegswilliger des Phänomenbereichs Islamismus vor Angriffen und Verfolgung?
 - a) Welche und wie viele Fälle sind der Bundesregierung bekannt, in denen Ausstiegswillige des Phänomenbereichs Islamismus Gewalt oder Gewaltandrohungen ausgesetzt waren?
 - b) Welche Maßnahmen (neue Identität für Aussteiger, Bürgerschutz etc.) hält die Bundesregierung für angemessen zum Schutz von Ausstiegswilligen im Phänomenbereich Islamismus?

Bisher ist kein entsprechender Fall bekannt.

Im jeweiligen Einzelfall werden geeignete Maßnahmen für den Schutz des Ausstiegswilligen getroffen.

14. Inwieweit sieht die Bundesregierung – analog zum Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten – die Notwendigkeit, dass ein Aussteigerprogramm im Phänomenbereich Islamismus bei Problemen mit der Polizei berät, vermittelt und unterstützt?

Im Einzelfall kann eine Abstimmung mit Polizeibehörden hinsichtlich eines Ausstiegswilligen erfolgen.

15. Inwieweit ist es geplant bzw. wird es von der Bundesregierung für sinnvoll erachtet, dass sich ehemalige Aktivisten aus dem Phänomenbereich Islamismus im Rahmen solcher Aussteigerprojekte engagieren, publizieren, Vorträge in Schulen und der Öffentlichkeit halten, um eine weitere Verbreitung von Ideologie aus dem Phänomenbereich des Islamismus zu verhindern?

Es ist zu begrüßen, wenn Aussteiger aus dem Islamismus sich aus eigener Initiative an die Öffentlichkeit wenden und so präventiv gegen eine weitere Verbreitung islamistischer Ideologie wirken. Sie können radikalisierenden oder radikalisierten Personen anschaulich an ihrem persönlichen Beispiel zeigen, warum sie sich von der Ideologie und dem Handeln von Islamisten abgewandt haben und dass ein erfolgreicher Ausstieg möglich ist.

